

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Einzelpreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Jägerm.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Leserangehörige für die sechsgespaltene Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Aus der deutschen Eisen-, Maschinen- und Metallindustrie

III

Mitteldeutschland, Hannover, Provinz Brandenburg und Königreich Sachsen

Auch die aus diesen Gebieten vorliegenden Berichte lassen auf eine recht rege und gewinnbringende Tätigkeit der Maschinen- und Metallindustrie schließen. Das zeigen die Ergebnisse der Aktien-gesellschaften, die bis jetzt über die Zeit für 1915 oder 1915/1916 berichtet haben. So hat die Hannoversche Maschinenbau-anstalt von G. Eggestorff schon für die Zeit 1914/15 den Jahresgewinn um rund eine Million Mark und die verteilte Divi-dende von 20 auf 30 v. H. erhöhen können. Die Lindener Eisen- und Stahlwerke verteilten für 1915 eine Dividende von 25 gegen nur 10 v. H. des Vorjahres. Die Gadelhal-Dracht- und Kabelwerke in Hannover-Brink haben für 1915 ebenfalls den Jahresreingewinn von 1.041.000 M 1914 auf 2.411.000 M und die Dividende von 16 auf 22 v. H. erhöht. Die Vereinigten Schmirgel- und Maschinenfabriken A.-G. in Han-nover erzielten einen Reingewinn von 1.159.151 M und verteilten 16 v. H. gegen 0 im Jahre zuvor. Zu den Gesellschaften mit ganz außerordentlicher Gewinnzunahme gehört das Eisen-hüttenwerk Thale A.-G. Thale a. S., das für 1915 einen Betriebsgewinn von 7,61 und einen Reingewinn von 5,71 Millionen Mark erzielte und 25 v. H. Dividende gegen 14 v. H. 1914 verteilte. Ueber das Ergebnis des ersten Halbjahres 1916 wird von diesem Unternehmen gemeldet, daß der Ueberschuß für diese Zeit nach Abzug der Unkosten bereits 6 Millionen Mark betrage. Von der A.-G. H. Wolf in Magdeburg-Buckau wird gemeldet, daß sie einen Rohgewinn von 3,965 Millionen Mark erzielte und nach reichlichen Abschreibungen 15 v. H. verteilte. Ferner teilt die Firma mit, daß sie im Berichtsjahr die altangesehene Lokomotivfabrik von Chr. Hagans in Erfurt erworben habe.

Außerordentlich gewinnbringend war das Jahr 1915 für die Fahrzeugfabrik Eisenach, die in der erzielten Gewinnen den Ergebnissen ähnlicher Unternehmungen nicht nachsteht. Der erzielte Jahresreingewinn beträgt bei einem Aktienkapital von 3 Mil-lionen Mark 1,955 Millionen (1914: 761.000) Mark und die verteilte Dividende stieg von 13,7 auf 34,4 v. H. Bei der A.-G. Heinrich Erhardt in Zella-St. Blasien stieg der Betriebsüberschuß von 945.000 M auf 1.860.000 M, der Reingewinn beträgt nach reich-lichen Abschreibungen 901.603 (219.700) M, von dem noch 413.548 M als Kriegsrücklage verwendet wird. Die Dividende wurde von 6 auf 16 v. H. erhöht. Zu den Unternehmungen, die in bezug auf den erzielten Gewinn und die Bilanzverschlechterung „vorbildlich“ sind, gehören die Kupfer- und Messingwerke von Firsch, Halberstadt-Berlin. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft, deren Hauptbetriebe in der Provinz Brandenburg liegen, erzielte 1915 bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark einen Jahresreingewinn von 10.246.000 M. Zur Verteilung kamen aber nur 1.800.000 M = 18 v. H., während 7.295.000 M zurückgestellt, für „Sonder“abschreibungen usw. Verwendung fanden. Das gleiche läßt sich aus dem Ab-schluß der Firma Reichelt, Metallschraubenfabrik Finsterwalde, feststellen. Auch dort ist der Jahresreingewinn bei einem Aktienkapital von 2.100.000 M von 444.000 M auf 2.952.000 M im Jahre 1915 gestiegen. Verteilt werden aber „nur“ 420.000 M = 20 v. H., während 2.477.000 M unter „Rück-stellungen, Sonderabschreibungen“ verbucht sind.

Den Ausfall an Auslandsaufträgen konnte auch die A.-G. Emil Busch, Optische Industrie in Rathenow, durch gewinnbringende Hoereslieferungen ausgleichen, so daß auch dieses Unternehmen die Dividende von 10 im Jahre 1913/14 auf 17 v. H. im Jahre 1914/15 und 20 v. H. im Jahre 1915/16 steigern konnte. Dagegen zeigt der Geschäftsab-schluß der A.-G. von Orenstein & Koppel-Artur Koppel, Berlin, wie ungeheuer groß zum Teil bei einzelnen Gesellschaften die Auslands-geschäfte sich ausgewaschen haben. Diese Firma verfügt über ein Aktienkapital von 45 Millionen Mark. Der Jahresumsatz betrug beispielsweise im letzten Friedensjahr 1913 140 Millionen Mark, wovon etwa die Hälfte auf die Abteilungen im Ausland kamen. Im Jahre 1915 betrug der Jahresumsatz nur 78,67 Millionen Mark, da die Er-gebnisse der Betriebe im heimischen und zum Teil im neutralen Ausland fehlen. Dagegen waren die übrigen Betriebe gut be-schäftigt. Der Reingewinn aus diesen war einschließlich Vortrag um 2.355.000 M höher als im Vorjahr, die Dividende wurde von 7 auf 9 v. H. erhöht.

Eine Dividende von 35 v. H. zahlt die A.-G. E. Lorenz, Telephon- und Telegraphenwerke, Eisenbahn-signalbauanstalt in Berlin. Nach Abschreibungen in der Höhe von 1.026.602 M wurde zur Verfügung der General-versammlung ein Betrag von 1.664.468 M gestellt. Die General-versammlung der Gesellschaft beschloß, das Aktienkapital von 3 auf 4 1/2 Millionen Mark zu erhöhen. Die Gesellschaft Gebr. Wöhler & Co. erzielte im Jahre 1915 bei einem Aktienkapital von 15,6 Millionen Mark einen Reingewinn von 7,16 Millionen Mark und verteilte 24 v. H. Dividende. Bekannt ist der Abschluß der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Berlin-Karlshöhe, die 11.734.000 M Reingewinn erzielte und 30 v. H. Dividende verteilte. Die A.-G. Aug. Voh in Löhne, Fabrik für Militär-ausrüstung erzielte bei einem Kapital von 131.000 M einen Reingewinn von 167.000 M, nachdem vorher 100.000 M ab-geschrieben wurden. Auch die Firma Ludwig Löwe & Co. erzielte bei einem Kapital von 10 Millionen Mark 5.221.000 M Reingewinn, sie verteilte in den Jahren 1913 bis 1915 folgende Divi-dende: 18, 30, 35 v. H.

An Erweiterungen, neuen Gründungen oder Kapitalerhöhungen in der Berliner Maschinen- und Metallindustrie wurde in letzter Zeit ferner bekannt: Die Fabrik isolierter Drähte

normalis C. J. Vogel erhöhte zur Errichtung eines Bleibelmerkes in Spanien das Aktienkapital um 1,75 Millionen Mark auf 5,25 Millionen Mark. Neu gegründet wurde die Motorflug-A.-G. Stod in Berlin mit einem Kapital von 5 Millionen Mark. Der Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb und der Fortbetrieb der Motorflug G. m. b. H. zur Herstellung von Motoren, Motor-lastwagen, landwirtschaftlichen Maschinen usw. Hinter der Grün-dung steht die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik und Ludwig Löwe, sowie einige Großbanken. Ferner hat die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik die erst einige Zeit nach Kriegsausbruch errichteten Waffenwerke von Kornbusch & Co., Oberspreewald in Oberschöneweide aufgekauft. Der Zweck der Fabrik war die Umarbeitung der im Kriege erbeuteten Gewehre, wobei allem Anschein nach ein glänzendes Geschäft ge-macht wurde. Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G. hat die Firma Otto Lachmann in Legel zum an-gebotlichen Preis von 10 Millionen Mark erworben. Auch diese Angliederung an eine Gesellschaft aus der ober-schlesischen Schwer-eisenindustrie zeigt, wie sehr man in diesen Kreisen darauf bedacht ist, sich immer mehr auf die Verfeinerungsindustrie zu werfen.

Die Ergebnisse eines flotten und gewinnbringenden Geschäfts-ganges zeigt auch die sächsische Maschinen- und Metall-in-dustrie. Aus dem größten Teil der Berichte geht hervor, daß besonders die Maschinenindustrie mit Aufträgen stark versehen ist und daß nach Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten die Ueber-schüsse der Werke immer größer werden. So hat die Leipziger Werkzeug-Maschinenfabrik Pitter für 1915 bei einem Aktienkapital von 2.100.000 M 1.597.000 M Reingewinn erzielt, sie konnte 25 v. H. Dividende verteilen. Nach vorliegenden Meldungen ist das Werk auch jetzt noch sehr gut beschäftigt. Die Wandlerwerke in Chemnitz haben vor einigen Wochen ihr Aktienkapital um 1.750.000 M auf 5.250.000 M erhöht, um Er-weiterungen und Neubauten vorzunehmen. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft in Siegmars bei Chemnitz 100.000 Quadratmeter Gelände erworben. Die Gesellschaft hat bekanntlich im letzten Geschäftsjahr die Dividende wieder von 12 auf 20 v. H. erhöhen können. — Auch auf dem Gebiet der Verschmelzungen bekannter Betriebe ist in den letzten Monaten aus dem Königreich Sachsen verschiedenes bekannt geworden. Aus der neuesten Zeit wurde die Erwerbung der Königin-Marienhütte in Einsdorf durch die Sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen bekannt, die zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 4.250.000 M auf 9 Millionen Mark erhöhte. Zeitlich weiter zurück liegen die Angliederungs-berreibungen der großen Sächsischen Maschinenfabrik normalis Richard Hartmann in Chemnitz. Die Firma führt zur Zeit große Erweiterungsbauten ihrer Werke aus und ver-fügt nach den neuesten Meldungen über einen Auftragsbestand von 30 Millionen Mark.

Schlesien, Nord- und Ostseegebiete.

Die Geschäftslage der ober-schlesischen Eisen- und Stahlwerke war von einer fürnischen Nachfrage beherrscht“ heißt es in einem der Berichte aus Oberschlesien. Das trifft vollinhaltig auf alle Zweige, die Hüttenwerke, die Kleinzeug- und Geschirrfabriken, die Brücken- und Waggobauanstalten, Maschinen- und Lokomotiv-fabriken usw. zu. Es ist ohne weiteres zu glauben, wenn in dem Bericht weiter gesagt wird, „daß bei den großen Schwierigkeiten, Waren zu erhalten, die Preisfrage in den Hintergrund trat“. Die Folge dieser Entwicklung kommt auch für die schlesischen Betriebe in den Geschäftsberichten zum Ausdruck. Von den großen Werken der ober-schlesischen Eisenindustrie liegen Geschäftsabschlüsse vor: Donnerstagsmühlhütte in Hindenburg erzielte bei einem Aktienkapital von 15.138.000 M 4.357.000 M Reingewinn und konnte trotz reichlicher Abschreibungen und Rücklagen 18 v. H. Divi-dende verteilen. Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-artikel-A.-G. Friedenshütte, die über ein Aktienkapital von 48 Millionen Mark verfügt, hat durch die jetzige günstige Ge-schäftslage so reichliche Mittel zur Verfügung, daß sie die Uebernahme des von ihr aufgekauften Betriebs der Firma Otto Lachmann in Legel bei Berlin im Werte von 10 Millionen Mark aus eigenen Mitteln bestreiten kann. Der Auftragsbestand der Gesellschaft soll 60 Millionen Mark überschreiten. Für 1915 erzielte die Firma nach Abschreibungen von 6 Millionen Mark einen Reingewinn von 6,18 Millionen Mark und verteilte eine Dividende von 10 v. H. gegen 2 des vorausgegangenen Geschäftsjahres. Ein recht günstiges Ergebnis erzielte auch die Kattowitzer A.-G. für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb, die ihre Dividende wieder von 8 auf 12 v. H. erhöhen konnte. Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 39 Millionen Mark. Der Rohgewinn erhöhte sich von rund 7 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1914/15 auf 10,278 Millionen Mark im Jahre 1915/16. Nach 2,5 Millionen Mark Ab-schreibungen und der Ueberweisung von 1,4 Millionen Mark an einen Bau- und Erneuerungsfonds wurden 4.680.000 (3.120.000) M Divi-denden verteilt. Auch diese Firma ist natürlich recht gut mit Auf-trägen versehen; sie beschäftigte am Schluß des Berichtsjahres rund 16.000 Personen gegen 13.995 im Vorjahre.

Die Hohenlohe-Werke A.-G. Hohenlohehütte (Bergwerk und Zinkhütte) konnte nach zwei dividendenlosen Jahren wieder 6 v. H. verteilen. Das Aktienkapital beträgt 80 Millionen Mark, der erzielte Gewinn 11,6 Millionen Mark. Die Abschreibungen und Rückstellungen betragen 6,5 und der Reingewinn 4,84 Millionen Mark.

Zu den Gewerbetreibenden, die sich heute schon mit großen Mit-teln auf die kommende Friedens-tätigkeit und auf die Wiedergewinnung alter Beziehungen und neuer Gebiete vorbereiten, gehört die Schiffsahrt und der ihr nahe stehende Schiffbau. Die be-stehende Frachtraumnot wird sicher nach der Wiederaufnahme eines regelmäßigen überseeischen Verkehrs den Industrieländern große Vorteile bringen, die in der Lage sind, mit einer größeren Zahl von Schiffen die sich entwickelnde Lage auszunützen. Die Auffassung darüber ist in den beteiligten Ländern überall gleich und auf diese

allgemeine Auffassung ist es auch zurückzuführen, daß aus allen Ländern neben der Tätigkeit für die Marine über eine rege Tätig-keit der Werften und große Zukunftsvorbereitungen im und für den Handels-schiffbau berichtet wird. Das trifft ganz besonders auch für den deutschen Schiffbau zu, von dem gerade in der letzten Zeit Nachrichten über neue Gründungen, Erweiterungen bestehender Be-triebe und diesen vorausgehende Kapitalerhöhungen gemeldet wird. Fünf deutsche Werften haben ihr Aktienkapital zusammen mit 8,2 Millionen Mark erhöht. Davon entfallen auf: Fr. Icks & Co., Eintravden, um 500.000 M auf 3 Millionen Mark; Kochsche Werft, Lübeck, um 3 Millionen Mark auf 3,6 Millionen Mark; Howaldts-werke, Kiel, um 2,9 Millionen Mark auf 7 Millionen Mark; Zeilensberg, Bremerhaven, um 1 Million Mark auf 6 Millionen Mark; Neptunwerft, Rostock, um 0,8 auf 3 Millionen Mark. Be-merkenswert an diesen Erhöhungen ist, daß davon allein 6,7 Mil-lionen auf Offsewerften entfallen. Eine weitere Kapitalerhöhung nimmt Blohm & Böh in Hamburg vor, und zwar um 8 Mil-lionen Mark auf 20 Millionen Mark.

Die neue in Hamburg gegründete Werft ist unter dem Namen Ham-burger Werft, A.-G., handelsgerichtlich eingetragen worden. Aus dieser Eintragung ergab sich, daß die eigentliche Gründerin die Hamburg-Amerika-Linie ist. Diese Werft soll nach englischem Muster den reihenweisen Bau von Schiffen nach einheitlichem „Typ“ ausführen. Mit der Errichtung der An-lagen sollte am 1. Oktober 1916 begonnen werden.

Besonders bedeutsam für die zukünftige Gestaltung von Schiff-bau und Schifffahrt sind die Verbindungen mit führenden Personen und Gesellschaften der deutschen Industrie, des Handels und der Bankwelt, die kürzlich erst bekannt wurden. Bei der Gründung der neuen Hamburger Werft wurde berichtet, daß daran auch die A.G.E. beteiligt ist und neuerdings wurde bekannt, daß die Firma Krupp in Essen, der ja auch die Germania-Werft in Kiel gehört, in engere Beziehungen zum Norddeutschen Lloyd trete, während Stinnes in engen Beziehungen zu der Hamburg-Amerika-Linie und zum deutschen Schiffbau durch die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. steht.

Die Arbeitsverhältnisse in der Munitionsindustrie

Der Reichstags-hauptaus-schuß behandelte am 30. Ok-tober, 3. und 4. November die Arbeitsverhältnisse der Munitions-arbeiter. Wir führen aus den Verhandlungen folgendes an:

Sitzung vom 30. Oktober 1916.

Abg. Brandes (SD.) wies auf die großen Leistungen hin, die von den Arbeitern in den Militärartikelfabriken verlangt werden. Diese hohen Leistungen können nur dann erreicht werden, wenn doppelte und dreifache Schicht eingeführt wird. Ebenso müßte der größte Wert auf die Ernährung und Behandlung der Arbeiter gelegt werden. Bei der Befragung der Arbeitsstellen setzte nicht allgemein von Offizieren entschieden werden, sondern es sollten Sachverständige aus den Reihen der Arbeiter und Unternehmer zugezogen werden. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hänge sehr davon ab, daß der Arbeiter an derjenigen Stelle beschäftigt werde, wo er am leistungsfähigsten ist. — Sehr beherzt haben sich die Schlichtungskommissionen, in denen außer der Militär-behörde auch die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer mitwirkten. Leider seien diese Schlichtungskommissionen nur in den Bezirken einzelner Generalkommandos eingeführt worden. Wo sie nicht vorhanden seien, da würden die Beschwerden oft genug nicht sachgemäß erledigt, in allen Fällen aber dauerte die Erledigung viel zu lange. Ein Arbeitswechsel müßte den be-zurückgelassenen Arbeitern möglich sein, wenn sie in kurzer Zeit eine passende Stelle finden. Unter keinen Umständen solle es zugelassen werden, daß ein Unternehmer die Ansprüche der Arbeiter auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Drohung unterdrücke, er werde dafür sorgen, daß der Arbeiter wieder in den Schützengraben komme. In den Pulverfabriken sei die Wohnverteilung durchaus ungenügend. Bei der Arbeit selbst müßten Schutzmaßnahmen mög-lichst durchgeführt werden. Redner führt einen bezeichnenden Fall aus Mühlhausen an.

Oberst v. Briesberg versprach, daß alles geschehen solle, um die Wünsche der Arbeiter, soweit es irgend geht, zu erfüllen und dadurch die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Abg. Bauer (SD.) gab zu, daß die Militärverwaltung den besten Willen habe; jedoch sei notwendig, daß das Arbeitsamt im Kriegsministerium nicht wie jetzt nur hin und wieder in Fühlung mit den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer trete, sondern regelmäßig mit ihnen in Fühlung bleibe und sie stets vorher höre, wenn sich neue Anordnungen als notwendig erweisen. Die Frauennarbeit werde jetzt in immer weiterem Maße an-gewendet, selbst bei Arbeiten, die ihrer Natur nach für Frauen un-geneigt sind. Unter allen Umständen müssen aber die Frauen stets ärztlich untersucht werden, bevor ihnen eine derartige anstrengende Arbeit zugemutet wird. Bei dem Bestreben, Ausländer zu den Arbeiten hier heranzuziehen, müßte mit großer Vorsicht und mit Verständnis für die Arbeitsverhältnisse vorgegangen werden. Den Gewerkschaften müßte es möglich sein, sich auch der ausländischen Arbeiter anzunehmen. Leider hätten das preussische Ministerium des Innern und der preussische Handelsminister dagegen Einspruch erhoben. Dieser Einspruch müsse recht bald beseitigt werden. Die polnischen Arbeiter aus Russland würden leider nur zu oft bei der Anwerbung für Arbeiten in Deutschland gefaßt. Ganz besonders starke Beschwerden liegen vor aus Rheinland und Westfalen und aus der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kall. Die Löhne seien vielfach sehr gering; dies gelte auch für die Kruppische Fabrik, wo ein starker Zerrorismus auch während des Krieges ausgeübt werde. In diesen ganzen Bezirken fehle die Schlichtungskommission. Das Generalkommando des siebten Armee-korps in Münster wolle durchaus nicht zu dieser Maßnahme greifen, die sich doch sonst überall aufs beste bewährt habe. Auch in Staatsbetrieben kämen unerhörte Behandlungen und zu niedrige Löhne vor. Der Tarifvertrag, der im Korbmachergewerbe zwischen Unternehmern und Arbeitern ab-geschlossen sei, sei von der preussischen Feldzeugmeisterei nicht als maßgebend anerkannt worden. Das Verkammungsrecht der Ar-beiter werde nach an manchen Stellen nicht genügend geachtet. Die Generalkommission der Gewerkschaften habe immer wieder Be-schwerden dem Kriegsministerium unterbreitet. Es dauere aber viel zu lange, bis sie beseitigt werden.

Oberst v. Briesberg: Er wolle sich nicht auf Einzelheiten einlassen, versichere aber, daß alles geprüft und alles getan werden soll, um Besserung zu erreichen.

Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums versicherte, daß die Löhne in den Pulverfabriken beträchtlich erhöht seien, zum Teil wieder in den letzten Tagen. Dann wurde über die Anträge hierzu abgestimmt. Der Antrag der Sozialdemokraten, der eine Erhöhung der Löhne forderte, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, der die Schöpfung der durch den Krieg bereits schwer getroffenen Familien fordert, wurde mit Rücksicht auf die zugehenden Erklärungen des Kriegsministeriums zurückgezogen. Die anderen Anträge der Sozialdemokraten wurden zum Teil nach den Änderungsvorschlägen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Sitzung vom 3. November 1916.

Hg. Giesberts (Zr.) ging auf die Verhältnisse in Rheinland und Westfalen ein und forderte nachdrücklich, daß auch hier Schlichtungskommissionen zur Erledigung der Beschwerden eingerichtet werden.

Oberst v. Briesberg versprach, daß das neue Arbeitsamt im Kriegsministerium alle Beschwerden gründlich untersuchen und die ermittelten Mängel beseitigen werde. Eine neue Verfügung sei erlassen worden, um unter allen Umständen zu verhindern, daß Unternehmer ihre Arbeiter von der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Drohung abzuwenden wollen, sie würden dafür sorgen, daß die Beschwerdeführer ins Feld kämen.

Hg. Liebling (Zr.) brachte Beschwerden aus der Pulverfabrik von Rheinshof bei Wittenberg vor. Dort seien die Löhne ganz ungenügend. Soziale Einrichtungen fehlten und Unfälle wären außergewöhnlich häufig.

Hg. (Zr.): Auch die Zustände in der Pulverfabrik in Hanau seien sehr wenig befriedigend für die Arbeiter. Die Löhne seien nur im allgemeinen um 15 bis 20 v. H. erhöht, während die Verteuerung der Lebenshaltung mehr als 100 v. H. betrage. Auch für die Ernährung sei durchaus ungenügend gesorgt. Notwendig sei auch, daß in den Stetsbetrieben eine Stelle eingerichtet werde, wo die Arbeiter ihre Beschwerden einem vertrauenswürdigen Herrn vortragen könnten. Dieser Herr solle kein Vorgesetzter der Arbeiter sein, aber das Recht haben, in der Fabrik nachzuforschen, ob die Beschwerden berechtigt sind und, wenn das der Fall ist, die Beschwerden der Direktion zu unterbreiten, ohne daß er den Namen des Beschwerdeführers preisgeben muß.

Oberst v. Briesberg versicherte, daß künftig die Verhältnisse in Hanau gebessert worden seien und weiter gebessert werden sollen. Er las einen Bericht, nach dem die Verhältnisse und auch die Ernährung bei den Pulverarbeitern in Hanau durchaus befriedigend seien.

Hg. Simon (Zr.): Gegenwärtig räche es sich sehr, daß wir noch immer nicht die von der Arbeiterchaft schon längst geforderten öffentlichen Arbeitsnachweise haben. Diese könnten jetzt die Arbeitsvermittlung in einwandfreier Weise durchführen. Die Tarifverträge würden mitunter dadurch umgangen, daß die Heeresverwaltung zum Beispiel in der Holzmacherei große Aufträge an Zwischenunternehmer verleihe. Ausgeführt würden diese Aufträge dann in solchen Betrieben, die nicht die tarifmäßig vorgeschriebenen Löhne zahlen. Am besten wäre es, wenn man die Lieferungen an die Unternehmer entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit verteilte, so daß jeder Unternehmer in seinem Betriebe die Ware herstellen kann. Es scheint aber so, als ob die Heeresverwaltung eine Abneigung gegen die Genossenschaften habe. So ist es weder der Genossenschaftslehre noch der Sache nach der Genossenschaftslehre in Bayern möglich gewesen, Heeresaufträge zu erhalten. In der Schindindustrie soll die Arbeitszeitbeschränkung aufgehoben und die dadurch arbeitslos werdenden Arbeitskräfte sollen in der Rüstungsindustrie untergebracht werden. Man stelle in Aussicht, die Ueberführung dieser Arbeiter zu erleichtern. Eine herabgesetzte Ueberführung der Arbeiter nach anderen Orten sei sehr bedenklich. Wie haben heute über zwei Drittel Arbeiterinnen und Jugendliche in der Schindindustrie. Diese Arbeitskräfte können nicht befristet werden, wenn nicht die Familien und die Gemeinden schwer geschädigt werden sollen. Nicht Verpflegung der Arbeiter, sondern Verpflegung der Industrie nach den Orten, wo Arbeitskräfte und Arbeitsräume zur Verfügung stehen, sei angebracht. Auch sollten die Behörden, bevor sie sich zu so durchgreifenden Maßnahmen entschließen, sich mit den beteiligten Arbeitern und Unternehmern ins Benehmen setzen.

Hg. Dr. Südekum (Zr.): In Berlin sträuben sich alle eingetragenen Großbetriebe der Rüstungsindustrie, solche Kriegsverletzte wieder einzustellen, die früher dort gearbeitet haben. Das dürfe nicht gebuldet werden, dagegen müsse unbedingt eingeschritten werden.

Hg. Goh (Zr.) weist nach, daß die Angaben über die Ernährungsverhältnisse in Hanau, die der Oberst v. Briesberg vorgebracht habe, unwichtig seien.

Oberst v. Briesberg erklärte, daß er in der nächsten Zeit einen Herrn nach Hanau schicken werde, der noch einmal die dortigen Zustände feststellen solle.

Hg. Girsch (Zr.): Die Unternehmer seien durch den Mangel an Arbeitern gequält, die Arbeitszeit ausgedehnt und mehr Frauen eingestellt, als es bisher der Fall gewesen und auch gegenwärtig wünschenswert sei. Die Arbeiter sollten nicht immer wieder die Entfremdung der Schlichtungskommissionen verlangen. Aus jeder begründeten Bedenken weigere sich ein Teil der Unternehmer, diesen Vorschläge zu folgen. Dabei handle es sich nicht um rücksichtslose soziale Unternehmungen, sondern um Leute, die zu den besten Patrioten gehören. Der Burgfrieden erfordere es, daß man die Bedenken dieser Leute achte und nicht etwa so vorgehe, wie es die englischen Genossenschaften taten, die die Rot der Zeit ausnutzten, um den Unternehmern die Fäden aus der Hand zu reißen und ihnen jetzt weitgehende Zugeständnisse abzuringen.

Hg. Brandes (Zr.): Der Widerstand des Abgeordneten Girsch gegen die Schlichtungskommissionen und der Hinweis auf die englischen Genossenschaften seien außerordentlich bezeichnend. Früher sei den benötigten organisierten Arbeitern immer wieder die englische „nationale“ Arbeiterchaft vorgehalten worden und jetzt solle Herr Girsch die englischen Genossenschaften als schlechtes Beispiel hin- und des eigene soziale und rücksichtslose Verhalten gegen die Arbeiter zu entschuldigen. Das sei der Burgfrieden dieser Herren; wobei die Herren ihren eigenen Vorteil folgten, die Arbeiter aber auf ihre wichtigsten Forderungen verzichten sollten. Die große Masse der Arbeiterchaft hat diese Art Burgfrieden satt. Heutzutage bedauerlich sei die Untertun des Vertriebes von Kriegsministerien, daß die Frage der Schlichtungskommissionen noch immer nicht abgeschlossen sei. Eine solche Untertun könnte man sich gefallen lassen, wenn der Krieg erst zweieinhalb Monate dauerte; aber nach einer Dauer von zweieinhalb Jahren wäre es doch endlich Zeit, daß die von den Arbeitern verlangten und, wie allgemein anerkannt wird, durchaus berechtigten Maßnahmen auch gegen den Widerstand unbedenklicher Unternehmer durchgesetzt werden. Herr Girsch habe erklärt, die Arbeiterchaft könne nicht auf das gebotene Maß beschränkt werden, weil Arbeitsmangel das verhindern. In den Garnisonen aber werden viele Tausende tüchtiger Arbeiter nutzlos in militärischen Diensten zurückgehalten. Die Einrichtung der Schlichtungskommissionen sei eine Verschwendung von Arbeitskraft und Arbeitszeit. Sie unterjügte nämlich die Regierungsbürokratie und die Unternehmer. Unter Voraussetzung der eines Vertreters der Arbeiter und Unternehmern würden die Schlichtungskommissionen die Arbeiter, die einfließen werden oder ihre Arbeit einstellen, in wenigen Stunden an einen geeigneten anderen Arbeitsplatz bringen, während in der Schindindustrie zum Teil vertriehene, militärisch wenig verwendbare Leute noch in der Schindindustrie verbleiben. Die heutige Arbeitslosigkeit werde sich nur unter Volkswirtschaftlichen Umständen lösen. Es sei höchste Zeit, zur normalen Arbeitszeit zurückzugehen und ganz besonders in die Gewerbe in der Schindindustrie mit ihrer schweren Arbeit die arbeitsfähigen Arbeiter einzustellen. Hier kann doch von einem Mangel an weiblicher Arbeitskraft nicht die Rede sein. Regierungen von Arbeitern können auch in Zivilbetrieben vor. Auch hier sollte es das selbe Entgegenkommen

auf die Wünsche der Arbeiter. In den Kaiserlichen Werften sind nicht nur Kommissionsmitglieder, sondern auch Arbeiterauswahlmittglieder zu Kriegsdiensten eingezogen worden, um sie dafür zu bestrafen, daß sie für die Forderungen ihrer Mitarbeiter eingetreten sind. Dies sei jüngst in Kiel vorgekommen. Bezeichnend für die „Neuorientierung“ sei, daß das Reichsministerium erst kürzlich wieder abgelehnt habe, mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen über Arbeiterfragen zu verhandeln. Der Redner wünscht Auskunft, ob der Sparzwang für Augenblicke den Generalkommandos in der letzten Zeit vom Kriegsministerium vorgezogen sei, wenn auch in einer gegen früher abgeschwächten Form. Er warne dringend vor diesem Verfahren, das sich dort, wo man einen Versuch damit angestellt habe, in keiner Weise bewährt habe.

Sitzung vom 4. November 1916.

Hg. Bauer (Zr.) wendete sich gegen die Ausführungen des Hg. Dr. Girsch in der vorigen Sitzung. Aus den Nachweisen der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Bergbau-Vereinsgenossenschaft ergibt sich, daß der Jahresdurchschnittsverdienst der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter betrug:

im Jahre 1913	1734,92 M auf den Kopf
" " 1914	1748,36 " " " "
" " 1915	1976,63 " " " "

Der Durchschnittsverdienst ist also nur um rund 240 M für das ganze Jahr gestiegen. Im Bezirk der Section Essen ist die Steigerung allerdings größer. Ein Vollarbeiter verdiente durchschnittlich

im Jahre 1913	1836,30 M
" " 1914	1976,38 " "
" " 1915	2908,99 " "

Die Zunahme im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 beträgt 472,69 M. Aber auch sie steht in keinem Verhältnis zur Steigerung der Lebensmittelpreise. Dabei wird der höhere Verdienst in der Hauptsache erzielt nicht infolge Erhöhung der Löhne, sondern durch Ueberarbeit. Statt 60 Stunden die Woche wird 90 Stunden und mehr gearbeitet. Den Militärurlauben, die fern von ihrer Heimat in den Kruppischen Betrieben arbeiten müssen, werden an jedem Wochentage 2,40 M abgezogen für die Pensionskasse. Diese Arbeiter aber kehren nach dem Kriege in die Heimat zurück, verlieren damit ihre Ansprüche an die Kruppische Pensionskasse und büßen so die ihnen abgezogenen Beiträge ein. Wenn die Unternehmer in Rheinland-Westfalen aus grundsätzlichen Bedenken nicht mit den Gewerkschaftsvertretern die Beschwerden der Arbeiter erledigen wollen, dann nehmen sie nicht die Rücksicht, die der jetzige Ausnahmezustand erfordert. Die Rechte der Arbeiter auf Selbsthilfe sind aufs äußerste eingeschränkt. Dies müsse unbedingt zur Folge haben, daß durch unmittelbare Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter mit den Unternehmern die Beschwerden der Arbeiter geprüft und die Maßnahmen für die notwendigen Verbesserungen festgelegt werden. Leider habe die Militärbehörde nicht den Mut, gegen jene Unternehmer mit dem nötigen Nachdruck vorzugehen, um die Einrichtung der Schlichtungskommissionen zu erzwingen.

Hg. Giesberts (Zr.) schloß sich den Ausführungen des Hg. Bauer an. Er betonte unverständlich sei es, daß die Unternehmer in Rheinland-Westfalen sich noch immer nicht auf die Schlichtungskommissionen einlassen wollen, obgleich schon längst die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Einrichtungen erwiesen seien. Die Arbeiter, namentlich die am meisten links stehenden, haben während des Krieges sehr viele grundsätzliche Bedenken zurückgestellt, aber jene Unternehmer wollen nicht das gleiche tun. Das sei auf die Dauer untragbar.

Hg. Dr. Girsch (Zr.): Wenn jetzt Schlichtungskommissionen geschaffen werden, ist gar nicht daran zu denken, daß sie nach dem Kriege kurzhand beseitigt werden könnten. Aus diesem Grunde konnten die Unternehmer nicht ihre grundsätzlichen Bedenken aufgeben. Die Beschwerden der Arbeiter müßten daher auf anderem Wege erledigt werden: durch die Gewerkschaftsverbände und durch das Generalkommando. Die Gewerkschaften wollen die Schlichtungskommissionen, weil sie auf Kosten der Unternehmer gestiftet wird.

Hg. Gohlein (Zr.): Aus seiner eigenen Erfahrung könne er feststellen, daß die Schlichtungskommissionen dort, wo sie eingerichtet sind, sich auf das Beste bewährt haben. Selbst solche Unternehmer, die vorher große Bedenken gegen diese Einrichtungen hatten, erkannten bald, daß die Maßnahmen sehr nützlich sei, daß durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern manche Beschwerde beseitigt und mancher Streit verhindert werden konnte.

Hg. Gachse (Zr.) wies auf das vertrauliche Schreiben des Generalkommandos zu Münster hin, das den Handelskammern empfiehlt, statt Schlichtungskommissionen überall Arbeiterauswahlmittglieder einzurichten. Arbeiterauswahlmittglieder seien kein genügender Ersatz für Schlichtungskommissionen. Die Mitglieder der Arbeiterauswahlmittglieder seien im Vergleich sehr oft gemangelt worden; die Arbeiter wollten daher kein Amt mehr in den Ausschüssen annehmen, ja, sie beteiligten sich zum Teil gar nicht mehr an den Wahlen. Der wahre Grund, weshalb sich die Unternehmer so sehr gegen die Schlichtungskommissionen sträuben, sei ja auch vom Hg. Dr. Girsch selbst ausgesprochen worden. Die Schlichtungskommissionen tragen den Wünschen der Unternehmer nicht genügend Rechnung. Alle Versuche, die Löhne der Arbeiter als genügend für die jetzige Zeit hinzustellen, seien vergeblich; die Vergarbeiterlöhne seien um 20 bis 30 v. H. gestiegen, aber die Lebensmittel seien noch mehr im Preise gestiegen; in gleicher Weise aber auch die Ueberträge der Werke und Werke, so daß die Löhne erhöht werden müßten. Man wolle auch die Frauen unterirdisch beschäftigen. Er warne sehr eindringlich vor diesem Schritt, sonst würden große Nachteile für die Gesamtheit entstehen. Die Schlichtungskommissionen seien, das müsse er auf Grund eigener Beobachtungen behaupten, eine Notwendigkeit. Er bitte daher das Kriegsministerium nochmals, der Sache näherzutreten und alles zu tun, um diese notwendige Einrichtung zu schaffen.

Hg. v. Trampczynski (Zr.) wies auf die Beschwerden der polnischen Arbeiter hin. Das Schlimmste sei, daß die Behörden glauben, sie könnten alles einseitig von sich aus regeln; das sei aber falsch und führe zu furchtbaren Morden.

Oberst v. Briesberg: Im allgemeinen stelle er fest, daß die Militärbehörde ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Er wolle zugeben, daß die Schlichtungskommissionen, wo sie eingerichtet sind, gut gearbeitet haben. Die Angelegenheit in Rheinland-Westfalen sei nicht erledigt; er hoffe, daß, wenn der Reichstag im Januar wieder zusammentritt, er in der Lage sein werde, mitzuteilen, daß Regierungen getroffen sind, die allen hier vorgebrachten Wünschen entsprechen.

Hg. Spiegel (Zr.): Die Erklärung des Vorredners sei sehr erfreulich; es sei aber auch die höchste Zeit, daß die Reichsleitung einsetze, um für den 7. Armeeoberbezirk Kriegswirtschaftliche zu schaffen. Die Verhältnisse können so nicht weitergehen. — Dann warne ich Redner gegen die Verhaftungen des Hg. Girsch auf die Gewerkschaftsverbände. Diese seien vollständig einflusslos geblieben. Auch die Beschwerden an die Behörden und an das Generalkommando seien erfolglos geblieben. Wenn in den Arbeiterauswahlmittgliedern die Arbeiter tatsächlich für ihr gutes Recht einreten, werden sie gemangelt oder zum Heredendienst eingezogen. Auf dem Wittern Girschbetriebe sind die Arbeiter, die bei Differenzen verhandelt hatten, eingezogen worden. Auf denselben Werken haben in der vorigen Woche zwei der wichtigsten Abteilungen die Arbeit niedergelegt, weil man ihnen Wagnis nicht Rechnung tragen wollte. Als wir die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit ersuchten, wurde in der Vernehmung erklärt, daß die Zustände untragbar seien. Auch auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ sind Kommissionsmitglieder, nachdem sie verhandelt hatten, eingezogen worden. Die Gewerkschaftsverbände haben ebenfalls verweigert. Bei Differenzen auf den Werksstätten Schindereien in Bochum, bei welchen die zuständigen Gewerkschaften eingriffen, ist den drei Arbeiterorganisationen für die Rheinlande überhaupt keine Mitteilung mehr zugegangen. In einem der Jahre, bei der Firma Gendel in Völklingen, wo die Anlagen der Reichswehr durch zwei Generäle beaufsichtigt wurden,

hat es sogar 11 Wochen gedauert, bis die Angelegenheit erledigt war, und das konnte auch nur mit Hilfe des Kriegsministeriums erreicht werden. Es muß unbedingt eine Instanz geschaffen werden, die hier regelnd eingreift. Den qualifizierten Arbeitern werden Stundenlöhne von 45 bis 70 S gezahlt; im Nord verdienen die Leute 60 S bis 1 M die Stunde. Es ist dies viel zu wenig für die jetzige Zeit; daher sind die Forderungen der Arbeiter auf Lohn-erhöhung durchaus berechtigt. Damit waren die Verhandlungen über diese Gegenstände beendet.

Unser Verband in der 117. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 117. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungen: Köslin, Großenhain, Langenmünde, Cuxhaven, Osterholz-Scharmbeck, Uetersen, Gelsenkirchen, Gwelsberg, Plettenberg, Vörrad, Zweibrücken und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 22. bis 28. Oktober 1916.

Woche	Verwaltungstellen haben		Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Mitgliederabgang über Haupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Davon vom Heer	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
	berichtet	nicht berichtet							
1.	35	1	6253	80	13	6193	14	0,2	181
2.	30	—	4862	21	14	4841	25	0,5	193
3.	31	—	7589	63	20	7526	20	0,3	119
4.	51	1	36189	299	113	35889	95	0,3	582
5.	82	1	29335	197	88	29138	42	0,1	213
6.	40	5	28831	178	72	28653	21	0,1	122
7.	84	3	25048	230	96	24818	14	0,1	125
8.	28	—	10661	98	54	10563	17	0,2	87
9.	49	2	18022	152	66	17869	537	3,0	74
10.	39	1	20227	137	26	20090	246	1,2	1093
11.	1	—	54431	154	154	54277	255	0,5	693

Zusammenfassung: 420 12 | 241 447 | 1590 716 | 239857 | 1286 0,5 | 8262

Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Reuenaufgenommenen. In der Berichtswoche wurden außer Berlin 1372 neue Mitglieder aufgenommen. Zum Heer eingezogen wurden 716, vom Heer entlassen 567 Mitglieder.

3552 Mitglieder = 1,5 v. H. waren krank gemeldet, an welche 11280 M Unterstützung ausbezahlt wurden. Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Verwaltungstellen haben		Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Mitgliederabgang über Haupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Davon vom Heer	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
	berichtet	nicht berichtet							
1. August 1914	—	—	—	—	—	538314	13132	2,5	—
1.-4. Sept. 20. 8. bis 29. 8.	422	30	149343	377 756	73 895	19 531	13 237	0,9	237 091
5.-8. „ 30. 8. „ 26. 9.	384	68	153 891	351 804	50 431	14 331	16 331	1,1	625 079
9.-13. „ 27. 9. „ 31. 10.	433	19	18 468	348 271	27 727	7 918	7 918	0,9	1 986 669
14.-17. „ 1. 11. „ 28. 11.	433	19	9360	338 472	16 793	4 918	4 918	0,9	454 173
18.-22. „ 29. 11. „ 2. 1. 1915	415	30	11 091	323 565	12 753	8 918	8 918	0,9	295 060
23.-26. „ 3. 1. „ 30. 1. 15	422	20	7 117	316 822	8 318	2 618	2 618	0,6	133 122
27.-30. „ 31. 1. „ 27. 2. 15	429	14	7 818	312 268	6 681	2 118	2 118	0,2	106 308
31.-34. „ 28. 2. „ 27. 3. 15	416	25	9 013	308 496	5 200	1 718	1 718	0,7	75 090
35.-39. „ 28. 3. „ 1. 5. 15	420	20	12 008	291 528	4 593	1 618	1 618	0,6	79 192
40.-43. „ 2. 5. „ 29. 5. 15	418	23	10 119	283 104	4 028	1 418	1 418	0,4	47 168
44.-47. „ 30. 5. „ 26. 6. 15	416	23	10 306	271 619	3 728	1 418	1 418	0,4	45 222
48.-52. „ 27. 6. „ 31. 7. 15	423	14	10 510	264 677	3 414	1 318	1 318	0,5	51 462
53.-56. „ 1. 8. „ 28. 8. 15	418	18	7 952	258 792	3 464	1 318	1 318	0,5	41 279
57.-61. „ 29. 8. „ 2. 10. 15	410	24	12 040	251 999	2 997	1 218	1 218	0,2	44 274
62.-65. „ 3. 10. „ 30. 10. 15	416	18	10 541	245 325	2 977	1 018	1 018	0,2	29 477
66.-69. „ 31. 10. „ 27. 11. 15	419	15	8 935	238 864	2 271	1 018	1 018	0,2	22 895
70.-74. „ 28. 11. „ 1. 1. 1916	418	13	6 692	233 107	2 451	1 018	1 018	0,2	30 272
75.-78. „ 2. 1. „ 29. 1. 16	421	10	8 108	232 638	2 641	1 118	1 118	0,1	30 178
79.-82. „ 30. 1. „ 26. 2. 16	421	10	2 938	231 070	2 593	1 118	1 118	0,1	34 659
83.-87. „ 27. 2. „ 1. 4. 16	413	18	8 497	226 570	2 281	1 018	1 018	0,2	43 252
88.-91. „ 2. 4. „ 29. 4. 16	415	15	3 759	230 059	2 274	1 018	1 018	0,2	30 252
92.-95. „ 30. 4. „ 27. 5. 16	422	12	4 974	230 835	2 139	0 918	0 918	0,2	30 539
96.-100. „ 28. 5. „ 1. 7. 16	421	13	4 981	230 582	1 881	0 818	0 818	0,2	37 776
101.-104. „ 2. 7. „ 29. 7. 16	423	11	4 141	234 516	1 711	0 718	0 718	0,2	26 619
105.-108. „ 30. 7. „ 26. 8. 16	427	7	4 628	237 227	1 617	0 718	0 718	0,2	22 232
109.-113. „ 27. 8. „ 30. 9. 16	429	5	7 478	234 179	1 474	0 618	0 618	0,2	22 016
114. „ 1. 10. „ 7. 10. 16	421	12	1 031	235 677	1 380	0 618	0 618	0,2	4 089
115. „ 8. 10. „ 14. 10. 16	420	13	1 318	239 452	1 320	0 618	0 618	0,2	3 266
116. „ 15. 10. „ 21. 10. 16	418	14	1 068	239 592	1 302	0 518	0 518	0,2	3 016
117. „ 22. 10. „ 28. 10. 16	420	12	716	239 857	1 286	0 518	0 518	0,2	3 282

Trotzdem 2356 Mitglieder mehr zum Heer eingezogen als entlassen sind, sind am Schluß des Monats Oktober 6778 Mitglieder mehr zu verzeichnen, als am Schluß des Monats September. Diese Zunahme ist freilich nicht allein auf den letzten Monat zu buchen, da neben der noch immer mangelhaften Berichterstattung einiger Verwaltungen auch in Betracht kommt, daß in den Reuenaufnahmen dieses Monats die ganzen Aufnahmen des dritten Quartals 1916 von Berlin enthalten sind. Die langsame aber stetige Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl hat also auch in dieser vierwöchentlichen Berichtsperiode angehalten.

Noch weiter zurückgegangen ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, welche nur noch 0,5 v. H. der Mitgliederzahl beträgt. Für Unterstützung an arbeitslose Mitglieder wurden seit Kriegsbeginn 5829 409 M verausgabt.

Die Zahl der seit Beginn des Krieges zum Heer eingezogenen Mitglieder beträgt 353 831.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümern zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 19. November der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. November 1916 fällig ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Chemnitz. Am 30. Oktober tagte im Volkshaus die Generalversammlung der Verwaltungskasse Chemnitz. Der Vollmächtigste berichtete über die Tätigkeit im 3. Vierteljahr 1916. Die Mitgliederzahl ist von 7102 auf 7354 gestiegen. Die Zahl der erwachsenen männlichen Mitglieder betrug 6102 wie am Schluß des 2. Vierteljahres, obwohl 594 Aufnahmen erfolgten und 90 aus anderen Klassen und 2 aus anderen Verbänden in die 1. Klasse übergetreten sind. In diesen Zahlen spiegelt sich der starke Abgang von 710 zum Heer wieder, von dem nur 424 zurückkamen. Die Werbetätigkeit war eine rege, denn es fanden 311 Sitzungen und Versammlungen statt, an denen 31 885 Personen teilnahmen. In den meisten Versammlungen wurde fast allgemein die Frage der Lohnzusatzentlohnung erörtert, die sich infolge der immer mehr gestiegenen Preise für Lebensmittel usw. nötig machten. Die Lohnbewegungen im 3. Vierteljahr waren zahlreich. Es wurden in 36 Betrieben mit

richtig zu verteilen — gerade so schwer wie es auf der anderen Seite leicht ist, aus dem Vollen zu wirtschaften — so mühte es doch noch so langer Zeit so vielen Kräften gelungen sein, einwandfreie Verteilung der Hauptgegenstände des Bedarfs, nämlich des Brotes, der Kartoffeln und der Fettportionen, sojann auch des Fleisches durchzuführen. Aber wir sind dabei von jenen einwandfreien Lösungen auch jetzt noch weit entfernt. Und das führt uns auf organisatorische Mängel, die nicht verschwiegen bleiben dürfen. Kurze Zeit nach dem Ausbruch des Krieges sind wir in Deutschland in die Gefahr geraten, unsere Organisationsfähigkeit und unsere Organisationsfähigkeit erheblich zu überfordern. Es soll nicht geleugnet werden, daß auf einzelnen Gebieten Musterleistungen zu verzeichnen sind und daß einige Männer hervorragendes geschaffen haben; aber im großen und ganzen können wir das Ergebnis nicht zurückdrängen, daß es an weitestgehender Planung wie an der Fähigkeit rascher Improvisation in einem ganz auffallenden Maße gefehlt hat. Tausend Mängel sind und werden haben es auf beinahe keinem Gebiete zur notwendigen Entschlußfähigkeit und zu einleuchtend praktischen Lösungen kommen lassen. Man gewinnt bei der Betrachtung dieser Dinge durchaus den Eindruck, als ob weder unser Reich als staatliche Einrichtung, noch unser Volk als nationale Einheit für eine so gewaltige Kraftprobe reif gewesen seien. Wir sind in den Krieg hineingeraten als „die reinen Leeren“, ohne seine Größe zu ahnen, ohne unsere eigenen Kräfte zu kennen, ohne aber auch die Gefahren, die uns drohen, rechtzeitig zu erkennen und zu bannen. Jetzt müssen wir nun sehen, wie wir unseres Volkes Art erhalten. Es wird sicherlich gelingen, aber wir werden teures Lehrgeld zahlen müssen, haben es zum Teil schon gezahlt. Zu den teuersten Lehren gehört die, daß wir in der Einschätzung unserer Organisationsfähigkeit bescheiden werden und von anderen Völkern gerade auf diesem Gebiete noch vieles lernen müssen. Wenn einmal die Geschichte der Umformung der englischen Wehrverfassung in ihren Einzelheiten bei uns bekannt wird, wenn wir in der Lage sein werden, den Feinheiten der englischen Handelsbespionage während des Krieges nachzugehen oder die Leistungen des französischen Munitionsministeriums kritisch zu würdigen oder die Werbetätigkeit der englischen, französischen und italienischen Propaganden in den feindlichen und in allen neutralen Ländern aufzudecken — alles dieses natürlich nur unter dem Gesichtspunkte organisatorischer Leistungen — dann werden wir davon voraussichtlich viel Belehrung zu erwarten haben.

Aber nicht nur Belassung über die besten Verfahren von Verwaltungstätigkeit ist uns not. Noch wichtiger ist die Erfüllung unserer Regierung mit dem nötigen Geiste gewissenhafter Pflichterfüllung unter peinlich genauer Beachtung der Rechte Dritter. Wir leben im Krieg, also in außerordentlichen Zuständen. Jeder Verdächtige wird deshalb auch bei den Regierungsorganen gern über manche Unvollkommenheit hinweggesehen, die in ruhigen Tagen Anlaß zu ernstem Tadel bieten würde. Aber Dinge, wie sie in den Erörterungen über Genjur und polizeiliche Schutzkraft auf Grund des Belagerungszustandes vorgebracht wurden, sind ebenso unerträglich wie jene störrische Vordemüßigkeit, mit der sich einzelne Regierungsvertreter dem Willen des Reichstags darüber entgegenstellen versuchten. Es waren kritische Stunden, als die auffallende und wiederholt schon hervorgetretene Unfähigkeit des Staatssekretärs Dr. Helfferich, sich den Gefühlen eines in der Sache durchaus einigen Parlaments, das dabei das ganze Volk hinter sich wußte, anzupassen, jene bekannte „vide Luft“ im Sitzungssaal schuf. Da kann in Hast und Leidenschaft manches geschehen, was hinterher überhaupt nicht wieder gutzumachen ist. Man wird aber der Vollstreckung zustimmen müssen, daß sie das Gefühl für die Würde des gekränkten Rechts mit dem der Verantwortung vor dem Ausland besser zu vereinigen versäumt als einige im Vordergrund stehende Regierungsvertreter. Das muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, damit der Reichstagskritiker nicht im stillen darüber bleibt, wie das Volk über seine Stellvertreter und ihre Regierungsweise denkt.

Es ist wohl immer so, daß Mißstände erst einen gewissen Höhepunkt erreicht haben müssen, bevor der Wandel eintritt. Die bloße theoretische und logische Erörterung schafft bei den Staatsbürgern wie bei der Regierung höchstens eine verhältnismäßige Beweissicherheit, sich mit irgend einer Frage zu befassen. Die Tat der Vemehrung wird durch sie allein in der Regel nicht ausgelöst. Sie ist ein Kind der Leidenschaft. Entweder der Begeisterung oder der Enttäuschung. Auch diesmal war es nicht anders. Immer und immer wieder haben nicht nur unsere Abgeordneten, sondern auch Vertreter bürgerlicher Parteien auf die Schäden und Nachteile des Belagerungszustandes mit feiner Begleiterscheinungen hingewiesen; es hatte schonbar nichts oder nur wenig genügt. Aber doch war dadurch in Versuchung und Phantasie des Volkes der Boden bereitet, auf dem dann, als die Saat reif war, die Enttäuschung und der Entschluß zur Tat aufstammte. Was in länger als zwanzig Monaten vergeblich gefordert und gesucht worden war, das wurde jetzt in wenigen Tagen zustande gebracht: ein Gesetz über die Regelung der Ernährung. Der Reichstag hat es schon angenommen, der Bundesrat wird sich ihm sicherlich widersetzen können. Es ist gewiß für uns, die wir den Belagerungszustand im ganzen verdammen, nichts Befriedigendes, aber es ist doch geeignet, viel Schaden zu heilen und auch den jetzigen Opfern unheilbarer Zustände schmerzlich erleichtertungen zu bringen.

Auf dem Gebiete der Versorgung der Angehörigen von Kriegsteilnehmern hat die Sozialdemokratie den schonen Erfolg zu verzeichnen, daß durch ihren Anstrengungen nicht nur eine außerordentliche Dezentralisierung gelangt, sondern die Unterbringung von Januar 1917 an ganz allgemein erheblich erhöht werden soll. Die Millionen, die unter der Lenkung jenseit zu leiden haben, werden uns das danken; auch für die an der Front stehenden Arbeitgenossen wird es ein Gefühl der Beruhigung sein, daß ihre Rechte sich in aller Eile der Größe der Arbeiterkraft auswirken, allen Belagerungen und Verdächtigungen zum Trost.

Es ist ganz natürlich, den ganzen Reichstag der langwierigen Debatten auszuscheiden. Wir wissen uns vielmehr auf einige keine Auskünfte beschränken. Und da werden wir zum Schluß noch auf eine höchst bemerkenswerte Neuerung des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Hirsch über Gewerkschaftsweisen hinweisen, die Synthes des Sozialismus des heutigen Jahrhunderts, alle das bekannte Verbot des Streikens durch die Arbeiter, alle das parlamentarische Streikverbot, alle die Frage der Schlichtungsformalismen, wie sie in vielen Gewerkschaften, namentlich in der Rheinlandschaft, zur Anwendung und teilweise Verwirklichung von Streikverboten zwischen Arbeitern und Unternehmern eingeführt sind. In Rheinland-Belgien weigern sich sehr viele Gewerkschaften, solche Streikverboten einzuführen, ja sie scheinen nicht einmal den Arbeitgenossen gegenüber als ein Gesetz der Arbeiter anzuerkennen, ja sie weigern sich auch zu weigern, daß die Rechte der Arbeiter schmerzhaft und plötzlich die Rechte mit den Arbeitgeber verhandeln müssen. Auf das Dagegen sozialdemokratischer Abgeordneter, doch auch im Rahmen des Krieges einleuchtend zu zeigen, warum das Verbot zwischen Arbeitern und Unternehmern übergeben, erwidert Herr Hirsch die Auffassung, daß in England haben die Gewerkschaften in der Stunde der Gefahr den Arbeitgenossen die Spitze auf die Brust gesetzt und erklärt, daß

sie manche Dinge nicht machen wollten, die zur Verteidigung des Landes — in diesem Falle Englands — nötig waren. Diese Entwicklung in England schreckt uns und wir wollen vermeiden, zu ähnlichen Zuständen zu kommen.“ Man faßt sich an den Kopf, wenn man solche Worte hört oder liest! Obgleich die deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht wie die englischen die Stunde der Gefahr zur Durchsetzung von Forderungen benötigt haben — mögen sie nun berechtigt oder unberechtigt sein — trotzdem sollen ihnen auch weiterhin die Verhandlungen auf dem Fuß der Gleichberechtigung verwehrt bleiben! Aber wie, wenn sie nun gleich den englischen Arbeitern gehandelt hätten? Dann würde man ihnen natürlich, zur Strafe, die Gleichberechtigung ebenfalls verweigern. Die deutschen Arbeiter in den Gebieten der Schwerkraft können es also machen wie sie wollen, sie werden es den Großindustriellen und namentlich ihren rechtsgelehrten Sekretären niemals recht machen. Aber die notwendige Entwicklung werden deshalb weder die Großindustriellen, noch die Herren Syndici aufhalten können — wie übrigens Herr Hirsch im Laufe seiner Erörterungen resigniert selbst anerkant hat. Ebenfalls wenig wie die Entwicklung der staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen Staatsangehörigen und der Parlamentsrechte aufzuhalten ist. Es geht vorwärts trotz alledem. Das hat die verfloßene Reichstagsperiode deutlich und unmißverständlich gelehrt.

Ausländerfrage und Gewerkschaften.

Über diese Frage brachten wir in den Nummern 41 und 42 auch eine sachlich gehaltene Uebersicht der Bremer Bürgerzeitung auf Grund der Erörterungen im Grundstein, im Korrespondenzblatt und im italienischen Avanti. Wir haben ausdrücklich die Quelle an, der die Uebersicht entstammt; keine Zeile deutete darauf hin, daß auch nur eine Zeile von uns herühre. Wir waren deshalb sehr erstaunt, in Nr. 45 des Korrespondenzblattes (nach Wiedergabe der drei letzten Absätze aus Nr. 42 unseres Blattes) folgendes zu finden:

Da wir uns eine eingehendere Stellungnahme zu dem ganzen Problem für später vorbehalten müssen (im Grundstein dauert übrigens die an sich durchaus verdienstvolle Diskussion noch fort) begnügen wir uns mit einigen wenigen Bemerkungen zu den Einwänden der Metallarbeiter-Zeitung. Diese will über die frühere Aufklärungsarbeit unter den indifferenten ausländischen Arbeitern nicht hinausgehen, zum mindesten hat sie ihre schweren Bedenken gegen eine Hemmung der Einwanderung, weil Gegenmaßnahmen ausländischer Regierungen zu beschaffen wären. Diese Auffassung müssen wir entschieden ablehnen. Wenn die ausländischen Regierungen nur solche Gegenmaßnahmen ergreifen, die unseren Forderungen an die deutsche Regierung entsprechen, dann ist dagegen nichts einzuwenden. Wir haben beispielsweise Wimmig zugestimmt, der bei einer eventuellen kritischen Wirtschaftslage in Deutschland im Interesse der einheimischen Arbeiter Maßnahmen gegen die Ueberführung des Arbeitsmarktes mit ausländischen Arbeitern für notwendig hält. Wenn andere Regierungen bei gleich kritischer Wirtschaftslage ihrer Länder das gleiche tun, wäre das gewiß nicht zu beanstanden und die organisierten Arbeiter des Auslandes haben auch längst solche Forderungen erhoben. Wir haben uns überdies immer dagegen gewendet, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder in Länder mit schlechter Geschäftslage abwandern, wo sie infolge dessen lediglich zur Ueberführung des Arbeitsmarktes und damit zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse beitragen. Wimmig befindet sich hier also durchaus im Einklang mit unserer alten Gewerkschaftspraxis, nur daß er sich nicht länger mit der „Aufklärungsarbeit“ begnügen will, sondern im Eventualfalle gefällige Maßnahmen wünscht. Wir geben allerdings insofern weiter als Wimmig, als wir eine Regelung der Einwanderungsfrage überhaupt für notwendig erachten. Die Metallarbeiter-Zeitung lehnt das mit Rücksicht auf fünfjährige Wiederanbahnung internationaler Beziehungen ab. Das heißt doch die Internationalität in einem Sinne anzunehmen, wie wir sie bisher nicht verstanden haben. Zu einer Ausweitung dieses Begriffes können wir aber die Kriegserfahrungen kaum anzuregen. Wir beurteilen die Einwanderungsfrage von unserem gewerkschaftlichen Interessensstandpunkt aus und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir, ganz abgesehen von der Lage des Arbeitsmarktes, eine Reihe von Forderungen an die Gesetzgebung erheben müssen, die durch das internationale gewerkschaftliche Zusammenwirken allein nicht erfüllt werden können. Uns erscheinen gefällige Maßnahmen gegen die Anwerbung lohnrückender Kontraktarbeiter im Interesse der deutschen Arbeiter zweckmäßig. Deshalb sollten die internationalen Gewerkschaftsbeziehungen hinderlich sein für die Anstellung der Forderung, daß ausländische Arbeiter beispielsweise unbedingt Anspruch auf die tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben müssen, daß sie also nicht als Lohnrücker eingeschleppt werden dürfen? Oder wird vielleicht das internationale Zusammenwirken abgeschwächt, wenn wir die Sicherstellung des Arbeiterlohnes, der Sozialversicherung usw. auch für ausländische Arbeiter verlangen? Das wäre eine merkwürdige Internationalität, mit der wir uns unter keinen Umständen befreunden könnten. Die Metallarbeiter-Zeitung hat doch gewisse Beziehungen zum Vergleich, um ein Beispiel herauszugreifen. Die Unfallgefahr im Bergbau wird wesentlich erhöht, wenn die unter Tag beschäftigten Arbeiter von den Unfallversicherungsanstalten nichts wissen. Da der Unternehmer sie nicht jeden Arbeiter vorfragen kann, ist die Anbahnung notwendig, und zwar in einer Sprache, die der Arbeiter lesen kann. Daraus ergeben sich auch hinsichtlich der ausländischen Arbeiter gewerkschaftliche Forderungen, deren Leben und Gesundheit aller in der Grube Tätigen in von der Schichtarbeit oder Unvorsichtigkeit jedes einzelnen abhängig. Ebenso ist die Gefahr der Einschleppung gewisser Berufskrankheiten zu bedenken usw. Daher können wir zu dem Ergebnis, daß wenn wir einmal Forderungen an die Gesetzgebung in der Einwanderungsfrage erheben wollen, wir uns nicht mit der einen lediglich in einer kritischen Wirtschaftslage begründeten begnügen sollen, sondern dann gleich das ganze Problem anzufassen müssen. Das wir wollen, ist vermehrter Arbeiterschutz, der auch den eingewanderten Arbeitern zugute kommen würde. Die Metallarbeiter-Zeitung scheint demgegenüber die primitive Auffassung unserer Kritiker in der Schöpfung und in Italien zu teilen, wonach jede Regelung der Einwanderungsfrage eine Unfreundlichkeit gegen die ausländischen Arbeiter darstellt. Der Arbeiterlohn, den wir wollen, würde vielleicht für die Unternehmer die Anwerbung ausländischer Arbeitgenossen weniger profitierend machen, aber wir können nicht zugeben, daß das gegen die Interessen der einwandernden Arbeiter verstoßt. Das Gegenteil würde eintreten, wenn es uns gelang, eine gefällige Regelung im Sinne des Arbeiterlohnes zu erreichen. Wir wollen keine Kritik und kein Geschnipfe gegen die Arbeiter des Auslandes, sondern den gesetzmäßigen Schutz der in Deutschland tätigen Arbeiter, ob sie nun In- oder Ausländer sind. Das ist ein Gewerkschaftsblatt dagegen Einwanderungen erheben konnte, erhebt es nicht gut möglich!“

Es ist ja nicht das erstemal, daß uns unsern Bemerkungen ein Vorwurf trifft und wir können auch diesen Vorwurf mit Gleichmut tragen. Wir werden uns aber über das kurze Gedächtnis des Korrespondenzblattes. Es ist ihm doch nicht unbekant geblieben, welche Vorwürfe im vorigen Jahre gegen uns erhoben wurden. Nun kommt es mit Vorwürfen, die zu den früheren Vorwürfen passen wie die Speise auf Auge. Gibt es nicht das Korrespondenzblatt heranzuführen sollen, etwas genauer nachzudenken und — zugeben. Das begehren wir mit der Wiedergabe der Uebersicht der Bremer Bürger-Zeitung? Wir wollen die weitere Aufklärung über die Frage bei unseren Kollegen erregen. Einige Beiträge darüber waren bereits in den Nummern 27 und 37 erschienen. Zur Einleitung in Nr. 37 ist von uns noch besonders bemerkt worden, daß sich hauptsächlich solche Kollegen an der Frage zeigen würden, die eigene Erfahrungen im Zusammenarbeiten mit Ausländern haben, besonders mit jenen organisierten. Die Bremer Bürger-Zeitung nimmt in ihrer Nr. 262 ganz folgerichtig die Erörterung des Korrespondenzblattes für sich

in Anspruch und gibt sie wieder. Wenn nun auch das Korrespondenzblatt nicht richtig gezielt und daneben geschossen hat, so wollen wir doch seine Ausführungen auch als einen Beitrag zur „durchaus verdienstvollen Diskussion“ bewerten.

Ein neues Kriegsgamt.

Durch Kaiserliche Kabinettsorder wurde vor kurzem ein Kriegsgamt im Kriegsministerium geschaffen. Seine Aufgaben sind, die Erzeugung des Heeresbedarfes und die Ernährung der Arbeiter, die für den Heeresbedarf beschäftigt werden, sicherzustellen. Es wird kaum einer sein in Deutschland, dem die Notwendigkeit nicht einleuchtet, daß die erwähnten Sicherungen in ausreichendem Maße vorhanden sein sollen. Ein Bedenken müssen wir aber doch zur Sprache bringen. Wie soll die Ernährungs- und Sicherung geschehen? Als es sich bei Ausbruch des Krieges darum handelte, den Millionenheeren die nötigen Lebensmittel zu beschaffen, da hat sich niemand darüber gewundert, daß dies in der überwiegenden Hauptsache zum Nachteil der Bevölkerung geschah. Es ging ja auch nicht anders und es ist in den zwei Jahren dabei geblieben. Man muß sich mit diesem Zustande schon abfinden, denn die gute Ernährung des Heeres muß auf jeden Fall gesichert bleiben. Wenn nun auch der Bedarf der Munitionsarbeiter usw. vorzugsweise gesichert werden soll, so ist dagegen grundsätzlich ebensowenig etwas einzumenden. Wie will das Kriegsgamt aber die Lebensmittel beschaffen? Soll von den wie bisher zum Verkauf gelangenden ein weiterer Teil dem Verkehr entzogen werden? Wenn die Sache so gedacht ist, dann wird dem deutschen Volke mit dem neuen Urnte verzweifelt wenig gedient sein. Bei einem nicht geringen Teile der Bevölkerung ist schon jetzt Unterernährung vorhanden und wenn wir auch annehmen wollen, daß es möglich sein mag, in einigen Jahren die nachteiligen Folgen dieser Unterernährung auszumergen, so erscheint es doch in höchstem Grade bedenklich, einem großen Teile des deutschen Volkes die Ernährung noch weiter zu verschlechtern. Es hat keinen Wert, ein Loch im Rock zu flicken, wenn man zu dem Brode an einer andern Stelle des Rockes ein neues Loch schneiden muß. Es werden dann die Arbeiter und Arbeiterinnen für den Heeresbedarf beim Lebensmitteleinkauf einen Vorzug genießen (allzu groß wird er schon nicht werden), für die übrige Masse der Bevölkerung wird es aber in noch viel schärferem Maße heißen, in Wind und Wetter (der Winter ist im Auge!) stundenlang vor den Läden zu stehen und der Stuppigkeit, die im Laufe der letzten zwei Jahre manchem Lebensmittelverfälscher angewachsen ist, in noch schlimmerem Grade ausgelebt zu sein.

Einen Wert für die Lebensmittelversorgung kann das neue Amt also nur dann haben, wenn es ihm gelingt, aus den Erzeugerkreisen mehr Lebensmittel loszumachen. Und da müssen wir gestehen, daß unsere Hoffnungen recht schwach sind. Welche Erwartungen hatte man nicht gehegt, als der „Lebensmittelminister“ sein Amt antrat! Und gleich bei der ersten größeren Aufgabe, wo man aus dem Vollen wirtschaften konnte, bei der Kartoffelversorgung, dieser höchst bewunderliche Verfälscher! Selbstverständlich zweifelt niemand an dem guten Willen des Herrn v. Batocki und seiner zahlreichen Unterbeamten. Das ist aber auch das einzige, woran man nach Lage der Sache noch nicht zu zweifeln gezwungen ist.

Vor einigen Wochen hat Herr v. Batocki einen längeren Urlaub an die Landbevölkerung herausgegeben, worin er auseinandersetzt, daß auch die Stadtbevölkerung ein Recht hat, etwas zu essen. Er hat den Lebensmittelverzeugern zugeredet in derselben Weise, wie einige Leute ungezogenen Kindern gute Worte geben, damit sie wenigstens leiblich artig sind. Alles vergebens. Dabei magt niemand zu bestreiten, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerkreise, allgemein gesprochen, nach wie vor wenig oder gar nichts bei der Ernährung entbehren, ja, von Ausnahmen abgesehen, ist es öffentliches Geheimnis, daß auf dem Lande und selbst in kleineren Städten die Lebensmittelbeschaffung viel leichter ist als in den Großstädten. Wer möchte nicht aus eigener Kenntnis Beispiele von Großstadtbewohnern angeben, die von Zeit zu Zeit aufs Land fahren und reich gepackt mit Eiern, Butter, Mehl und anderen nachschaffen Sachen zurückkehren! Wer jedoch keine Verwandtschaft oder Bekanntschaft auf dem Lande hat, der muß die Lebensmittelversorgung in der Großstadt bis auf die Neige auskosten, trotz der ansehnlichen Bemühungen mancher Stadtverwaltung, Wessungen herbeizuführen.

Nach diesen Erfahrungen ist also gar nicht daran zu zweifeln, daß das Land noch viel mehr Lebensmittel an die Städte abliefern könnte (noch dazu für gutes Geld). Es fehlt aber am Willen dazu. Gelegentliche Beispiele von anderer Handlungsweise sind nur Ausnahmen. Gewiß ist zuzugeben, daß es schwer ist, mit Gewalt eine Besserung herbeizuführen. Das Kriegsernährungsgamt mit Herrn v. Batocki an der Spitze sollte sich aber doch endlich klar darüber werden, daß es eine andere Möglichkeit nicht gibt. Wenn man in diesem die Rede liest, die Herr v. Batocki am 4. November im Reichstag gehalten hat, so muß man leider zu der Folgerung kommen, daß das Kriegsernährungsgamt von dieser Erkenntnis noch weit entfernt ist.

Alkohol und Volksernährung.

In der Reichstagsitzung am 4. November hat Herr v. Batocki in seiner Eigenschaft als Präsident des Kriegsernährungsausschusses Bemerkungen gemacht, die man nur bedauern kann. Er sagte unter anderem: „Wenn ich gestern über den Alkohol mit einigen ironischen Bemerkungen hinwegging, so richteten sich diese nicht gegen den Ernst der Frage, sondern gegen ihre Übertreibungen. Die sogenannten Temperenzler glauben jetzt ihre Zeit gekommen und gehen mit einer Rücksichtslosigkeit vor, die nicht sehr ernst genommen zu werden verdient und über die man am besten mit Humor hinweggeht. Der Krieg ist nicht dazu da, um alles und jedes umzuwälzen. Von einer Verminderung von 900000 Tonnen Gerste für Brauwede ist keine Rede mehr. Die Gersteabfuhr wird sehr erheblich sein. Da diese Dinge nicht eilig sind, möchte ich mich heute nicht auf einen bestimmten Projektions festlegen.“

Unseres Erachtens hat diese Sache mit der Enthaltung vom Alkohol gar nichts zu tun. Man braucht kein „sogenannter Temperenzler“ zu sein, um fordern zu können, daß die Alkoholtrinker ihr Verdrüßnis nicht zum Schaden der Allgemeinheit befriedigen sollen. Wer kein Bier oder seinen Schnaps nicht entbehren kann, soll ihn unfernweg weitergeben, nur soll er allemal eine entsprechende Menge von Brot- oder Kartoffelmehlen dafür hergeben. Wenn dies geschieht, so hat es weniger Bedeutung, ob hunderttausend Tonnen Gerste oder Kartoffeln mehr oder weniger verbraucht oder verbrannt werden. Dann beeinträchtigen die Alkoholtrinker nur ihre eigene Ernährung, nicht die ihrer Volksgenossen. Diese Sache ist doch so einfach, daß jedermann sie verstehen sollte. Um so unangenehmer fällt deswegen die Stellungnahme des Herrn v. Batocki auf. Wir müssen uns wundern, daß diese Rede im Reichstag keine Entrüstung hervorgerufen hat. Erwidert haben ja Freiherr v. Camp und besonders der Genosse Burtm. Man kann aber nicht immer gegen die Auffassung Stellung nehmen, die Herr v. Batocki kundgegeben hat. Er sprach auch von Rücksichtslosigkeit. Wir fühlen uns gewiß nicht berufen, alles zu verteidigen, was „sogenannte Temperenzler“ schon getan haben, aber wir meinen, wenn man in dieser Zeit von Rücksichtslosigkeit reden will, so fallen einem zunächst noch ganz andere Leute auf, gegen die dieser Vorwurf zuerst zu richten wäre. Die Lebensmittelverzeuger sind noch immer nicht unendlich gemacht und es sieht noch immer nicht danach aus, daß schon alles zerstückt worden sei, diesen Spießgesellen der englischen Regierung das Fundament zu legen. Auch sind wir nicht der Meinung des Herrn v. Batocki, daß die Regelung des Alkoholverbrauchs „nicht eilig“ sei. Wenigstens sollte so schnell wie möglich bestimmt werden, wieviel Brot- oder Kartoffelmehlen die Alkoholtrinker umzuwandeln müssen. Das ist doch leicht auszurechnen. Das übrige würde sich unseres Erachtens dann schon von selber regeln.